

# Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und  
**Handels-Zeitung**  
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes  
der Stadt Leipzig

113. Jahrgang

**Bezugspreis:** für Leipzig und Umgeb. monatlich 1.75, vierteljährlich 5.25, für Umgeb. monatlich 1.50, vierteljährlich 4.50. Ferner für den Postbezirk Leipzig monatlich 1.75, vierteljährlich 5.25. Ferner für den Postbezirk Leipzig monatlich 1.75, vierteljährlich 5.25. Ferner für den Postbezirk Leipzig monatlich 1.75, vierteljährlich 5.25. Ferner für den Postbezirk Leipzig monatlich 1.75, vierteljährlich 5.25.

**Anzeigenpreis:** für Leipzig u. Umgeb. 10 Pf. pro Zeile pro Tag. Ferner für den Postbezirk Leipzig 12 Pf. pro Zeile pro Tag. Ferner für den Postbezirk Leipzig 12 Pf. pro Zeile pro Tag. Ferner für den Postbezirk Leipzig 12 Pf. pro Zeile pro Tag.

№ 276

Dienstag, den 17. Juni

1919

## Ultimatum der Entente

Clemenceaus Auffassung triumphiert — Schroffe Abweisung der deutschen Vorschläge

### Die Aushändigung der feindlichen Denkschrift

Weimar, 16. Juni. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstellers.) Die Antwortnote der Entente ist heute nachmittag um 4 1/2 Uhr durch den Generalsekretär Dufaure an Legationsrat von Lersner übergeben worden. Sie besteht aus einem handschriftlichen Manuskript, in das mit roter Tinte die Änderungen der Bedingungen eingezeichnet sind, sowie einer Mantelnote und einem Ergänzungsskizze. Die beiden letzteren sind in 200 Exemplaren übergeben worden. Graf Brochdorff-Ranhan und die Delegation reisen heute abend um 10 Uhr von Weimar ab. Graf Brochdorff wird das handschriftliche Exemplar der Denkschrift sofort mit sich nehmen und die Uebersetzung im Zuge anfertigen lassen, während die Mantelnote und das Ergänzungsskizze in Versailles sofort überfests und hierauf nach Berlin telegraphiert werden. Das Kabinett berät zur Stunde noch, in welcher Form die Veröffentlichung vor sich gehen soll.

### Eine Frist von sieben Tagen

Versailles, 16. Juni. (Drahtbericht.) Heute nachmittag 6 1/2 Uhr fand im Hotel des Reservoirs die Uebersetzung der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenanträge statt. Generalsekretär der Friedenskonferenz Dufaure in Begleitung des Vizepräsidenten D'Arnauld überreichte dem Ministerdirektor Simon-Suhl und Legationsrat Freiherrn von Lersner die Dokumente, nämlich 1. den Begleitbrief, 2. die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation über die Friedensbedingungen, 3. eine Abmachung über die Verwaltung der besetzten Gebiete Deutschlands und 4. ein Exemplar der ursprünglichen Fassung des Friedensentwurfs der alliierten und assoziierten Mächte, in dem die Änderungen mit roter Tinte eingezeichnet sind. Generalsekretär Dufaure erklärte, er überreichte hiermit die endgültigen Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte. Die deutsche Delegation sollte binnen einer Frist von fünf Tagen, vom Zeitpunkt der Uebersetzung an gerechnet, erklären, ob sie gewillt sei, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder nicht. Ministerdirektor Simon erklärte im Namen der deutschen Friedensdelegation und der deutschen Regierung in Weimar, die Frist von 5 Tagen sei zu kurz bemessen. Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen Graf Brochdorff-Ranhan erklärte er ferner, die deutsche Regierung und die deutsche Friedensdelegation beabsichtigen sich, eine Verlängerung der Frist zu verlangen. Herr Dufaure entgegnete, er werde den alliierten und assoziierten Regierungen von dieser Erklärung Kenntnis geben. Die Uebersetzungszeremonie dauerte im ganzen 7 Minuten. Kurz vor 9 Uhr kam Dufaure nochmals nach Versailles und teilte dem Ministerdirektor Simon mit, die alliierten und assoziierten Regierungen hätten sich bereit erklärt, die Frist um 48 Stunden zu verlängern. Im Namen der deutschen Friedensdelegation erklärte Ministerdirektor Simon, daß die deutsche Regierung noch nicht in der Lage sei einen endgültigen Entschluß zu fassen. Sie werde den alliierten und assoziierten Regierungen mitteilen, ob die Frist von 7 Tagen eingehalten werden könne.

Die Frist der Entente läuft Montag nachmittags um 7 Uhr ab. Falls die Alliierten an dieser Frist unumstößlich festhalten, hätten sie die Möglichkeit, an diesem Tage den Waffenstillstand unter Einhaltung einer Frist von drei Tagen zu kündigen, so daß abdann der Waffenstillstand am Donnerstagabend um 7 Uhr ablaufen würde.

### Der erste Eindruck

Weimar, 16. Juni. (Drahtber. unseres Sonderberichterstellers.) Nun ist die Entscheidung in Paris gefallen. Das Dokument ist übergeben und die deutschen Delegierten befinden sich im Augenblick, wo diese Zeilen erscheinen, bereits auf der Fahrt nach Weimar, wo in den Sälen des ehemaligen Großherzoglichen Schlosses eine feierhafte Tätigkeit herrscht. Das Kabinett hatte den ganzen Tag über Sitzungen abgehalten und die verschiedenen Eventualitäten in Erwägung gezogen. Der erste Einblick in das Dokument, über den der Reichsregierung nach Weimar telefonisch berichtet wurde, läßt erkennen, daß es im Ton außerordentlich schroff gehalten und die deutschen Gegenanträge fast rundweg abgelehnt werden. In den Zugeständnissen geht es nicht einmal so weit, wie die Kombinationen der Entente in den letzten Tagen erhoffen ließen. Clemenceaus Beweisführung, daß Deutschland die Schuld am Kriege habe und daß die Gerechtigkeit erfordere, es auch entsprechend zur Ruhe zu zwingen, hat im Kaiserhof einen vollen Sieg davongetragen.

Die Mantelnote, die uns bisher in Bruchstücken zur Kenntnis gekommen ist, sucht die Note des Grafen Brochdorff-Ranhan in überheblichen, zum Teil schwer beleidigenden Worten abzutun. Sie arbeitet dabei mit allen alten Requisiten aus dem Kriegspropaganda-Rüstzeug der Entente, z. B. mit dem Vorwurf der angeblichen grausamen deutschen Kriegsführung (der Gasgranaten usw.). Sie führt aus wie hätten

die Schuld am Kriege und müßten auch dafür büßen. Höhnisch meint sie, wir sollten froh sein, so billig wegzukommen. Das wichtige politische Moment ist darin zu sehen, daß sie auf Grund der obenangeführten Clemenceauschen Beweisführung versucht, unsere Rechtsgrundlage und die 14 Punkte Wilsons anzufechten.

### Pöbelangriffe auf unsere Delegierten

Tätlichkeiten und wüste Beschimpfungen. — Eine Schreibmaschine erheblich verletzt. Weimar, 17. Juni. (Drahtbericht unseres Weimarer Sonderberichterstellers.) Die Abreise der Delegation aus Versailles gestaltete sich überaus dramatisch, da der Pöbel sich zu kühnen und ungehörigen Auswüchsen hinreißen ließ. Die Delegation wurde, als sie in die Automobile steigen wollte, von der Menschenmenge mit wüsten Beschimpfungen und Schimpfungen überschüttet; Steine, Schmutz, Glas splitter wurden gegen sie geschleudert und sie wurde angepöbeln, wobei eine Schreibmaschine des Reichsministers Niebels durch einen Steinwurf am Kopf erheblich verletzt wurde. Mit Mühe konnte die aufgeregte Menge von einem Sturm auf die Automobile, mit denen die Delegation zum Nordbahnhof gebracht wurde, zurückgehalten werden. Diese Demonstration ist bezeichnend für die Stimmung in Paris. Man sieht, daß die Bevölkerung mit einem Abbruch der Verhandlungen zu rechnen beginnt.

Legationsrat von Lersner, der Vertreter der Friedensdelegation in Versailles, hat das empörende Vorfälle wegen bei der französischen Regierung Protest gegen die schwere Verletzung des Staatsrechtes eingelegt.

Versailles, 16. Juni. (Drahtbericht.) Auf der Fahrt vom Hotel des Reservoirs in Versailles zum Nordbahnhof, wo abends der Sonderzug mit den deutschen Friedensdelegierten nach Weimar abfahren sollte, wurden aus der Menschenmenge nach einzelnen Mitgliedern Steine geworfen. Es wurden insgesamte mehr oder weniger leicht verletzt: Mitglied der Delegation Dr. Meisner, Oberstleutnant von Krieger, Dr. Meyer und Frau Dornblüth, die an der Seite des Reichsministers Niebels saß. Die Kundgebungen der Menschenmenge dauerten den ganzen Abend fort und verstärkten sich zum stärksten Jodeln, Rufen und Schreien, als sich die Mitglieder der Delegation auf der Straße zwischen dem Hotel des Reservoirs und dem Hotel Suisse und Vatel zeigten.

### Der wesentliche Inhalt des revidierten Vertrags

Versailles, 16. Juni. (Drahtbericht.) Die Blätter veröffentlichten nochmals eine kurze Inhaltsangabe der Antwort der Alliierten, sowie einen Auszug aus den deutschen Gegenanträgen. „Le Journal“ stellt den ursprünglichen Vertragsentwurf der Alliierten den deutschen Gegenanträgen und dem endgültigen heute zu überreichenden Vertragsentwurf gegenüber. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich laut „Journal“: Die Volksabstimmung in Südschleswig ist entsprechend dem Wunsch der Dänen ausgefallen worden, dagegen werden die Beschlüsse für Ostpreußen (Volksabstimmung in Allenstein), für Westpreußen (teilweise Volksabstimmung), für Danzig und Memel (internationale Zone) vollständig beibehalten. Die deutschen Vorschläge betreffend Elsass-Lothringen und die belgischen Bezirke werden abgelehnt. Das ursprüngliche Projekt über die deutschen Kolonien bleibt unverändert. Das Projekt der Alliierten, demzufolge Deutschland auf alle Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands verzichten und wonach aller öffentliche und private Besitz liquidiert werden soll, Deutschland im voraus alle künftigen Maßnahmen der Alliierten anerkennen, seine Handelsmarine und Teile seiner Flotten (Schiffe und Flugzeuge) ausliefern und demzufolge Oder und Elbe internationalisieren, die Telegraphenabel konfiszieren werden sollen, ist beibehalten, jedoch unter dem Vorbehalt, daß die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine Reaktion dieser Abmachungen bedingen würde. Die ursprüngliche Fassung über Wiedergutmachungen und finanzielle Fragen ist beibehalten, jedoch wird Deutschland vier Monate Zeit haben, um feste finanzielle Vorschläge zu machen, über welche diskutiert werden wird. Die Bestimmungen über Strafmaßnahmen bleiben unverändert. In einer Zusammenfassung erklärt dann noch „Le Journal“: Abgegeben von den Ingegnierbüros in Oberschlesien ist das territoriale Status beibehalten worden. Die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln stehen vor sehr bald erfolgenden gänzlichen Veränderungen. Die Eventualität der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund bedroht den Vertrag mit völliger Umwälzung.

### Im Falle der Nichtunterzeichnung . . .

Haag, 16. Juni. (Eig. Drahtber.) Aus Paris wird gemeldet, daß die Meinung, daß der Blockadeausbruch für den Fall, daß Deutschland nicht unterzeichnet werde, die letzten Vorbereitungen getroffen habe, hat die Diskussion in Konferenzkreisen über dieses Thema wieder neu belebt. Es steht fest, daß der Entwurf der Entente den Charakter eines Ultimatums tragen wird und daß die Deutschen sich innerhalb weniger Tage darüber zu entscheiden haben werden, ob sie unterzeichnen oder nicht. Die englische Flotte soll, wie amerikanische Blätter melden, bereit sein, die deutsche Küste zu bombardieren. Auch die Herrschaft zum Vorrücken in Deutschland bereit. Obgleich mehrere neutrale Regierungen erklären, daß sie sich nicht aktiv an der Blockade gegen Deutschland beteiligen werden, haben die Alliierten doch mit Holland, Schweden und Dänemark Abmachungen getroffen, denen zufolge keine Artikel nach Deutschland ausgeführt werden dürfen, bevor der Frieden geschlossen ist.

### Der Mantelbrief

Deutschland wird für Ursachen, Ausbruch und Führung des Krieges verantwortlich gemacht.

Berlin, 16. Juni. (Drahtbericht.) Nach Reuters heißt es in dem Mantelbrief zur Antwort der Alliierten: Der Krieg war das größte Verbrechen, das an der Menschheit jemals begangen wurde. Deutschland muß es auf sich nehmen Wiedergutmachung zu leisten. Die alliierten und assoziierten Mächte haben für die Wiedererrichtung eines polnischen Staates mit sicherem Zugang zum Meere Vororge getroffen. Das Regime, betreffend das Saarbecken, wird für 15 Jahre aufrechterhalten bleiben. Die Alliierten sind überzeugt, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien einer Rückkehr unter deutsche Herrschaft durchaus abgeneigt sind. Wenn die Deutschen beweisen, daß sie beabsichtigen die Friedensbedingungen zu erfüllen, so wird es zu einem früheren Zeitpunkt möglich sein den Völkerbund durch Zulassung Deutschlands zu vervollständigen. Die Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich für den Krieg verantwortlich sind, ist eine Folge der Gerechtigkeit. Es wird Deutschland gestattet werden, sein Heer langsamer zu verringern als bisher bestimmt war. Die deutschen Vorschläge bezüglich der Flotte können nicht in Erwägung gezogen werden. Was die Wiedergutmachungen betrifft, so kann Deutschland eine Pauschallsumme für die Regelung der Gesamtheit oder eines Teiles seiner Verbindlichkeiten anbieten.

Paris, 16. Juni. (Haas.) In dem Begleitbrief zum Entwurf der Alliierten auf die deutschen Gegenanträge wird zum Ausdruck gebracht, daß die alliierten und assoziierten Mächte die von der deutschen Delegation über die Friedensbedingungen gemachten Bemerkungen ernsthaftester Erwägung unterzogen haben. Die deutschen Vorschläge protestierten gegen den Friedensvertrag vor allem, weil es in Widerspruch stehe mit den Bedingungen, unter denen der Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Der Protest der deutschen Delegation beweise, daß sie die Lage erkenne, in der Deutschland sich jetzt befindet. Die deutsche Delegation scheine die Auffassung zu haben, daß Deutschland nur Opfer zu bringen habe, um den Frieden zu erhalten, als ob dieser Friede einfach der Abschluß eines Kampfes wäre, der um Gewinn von Land und Macht geführt wurde. Darum blieben es die alliierten und assoziierten Regierungen für notwendig, ihre Antwort mit genauen Darlegungen des Krieges, wie sie ihn befaßte der Alliierten Welt.

Nach der Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der im Jahre 1914 ausbrach, das größte Verbrechen gegen die Humanität und gegen die Freiheit der Völker, das je mit Vorbedacht von einer Nation, die sich für zivilisiert hielt, begangen wurde. Während vieler Jahre vervollständigten die deutschen Regierungen, getreu der preussischen Tradition, ihre Anstrengungen, um sich in Europa die Hegemonie zu sichern. Sie begnügten sich nicht mehr mit dem Ansehen und dem wachsenden Einfluß Deutschlands in der Gemeinschaft der freien und gleichberechtigten Völker, den anzuerkennen alle Nationen bereit waren, sie wollten sich die Fähigkeit erwerben, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, gleichwie sie ein unterjochtes Deutschland tyrannisierten und beherrschten. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie den Geist ihrer Untertanen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu der Lehre bekehrt, daß in den internationalen Angelegenheiten die Gewalt das Recht sei. Sie haben nie aufgehört die Forderungen der Gewalt Deutschlands zu Waffen und zu Lande zu entfalten und die lägenhafte Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei notwendig, weil die Nachbarn Deutschlands auf seine Macht und sein Verbleiben eifersüchtig seien. Sie haben Verachtung, Feindschaft und Argwohn statt Freundschaft zwischen den Nationen zu säen. Sie haben ein ganzes Spionagesystem und ein Netz von Intrigen eingerichtet, die ihnen erlaubten, Umtriebe und innere Resolten und sogar geheime Angriffsvorbereitungen auf dem Gebiete ihrer Nachbarn einzuleiten, um sie im gelegenen Moment mit so größerer Gewalt und Leichtigkeit zu überwältigen. Durch diese Proben mit Gewalttaten blieben sie ganz Europa in einem Zustand von Erregung, und als sie feststellten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Absichten zu widerstehen, benutzte sie, zu beginnen. Dieses Urteil ist zugleich dasjenige, das sie schlossen sie, ihre Vorherrschschaft mit Gewalt zu begründen.

Sobald ihre Vorbereitungen vollständig waren, ermutigten sie einen unterjochten Verbündeten, binnen 48 Stunden Serbien den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege, dessen Einfluß die Kontrolle auf dem Balkan war, wußten sie genau, daß er nicht isoliert werden konnte und der allgemeine Krieg entfesselt würde. Um für diesen Krieg doppelte Sicherheit zu haben, entzogen sie sich allen Versöhnungsversuchen. Bis es zu spät und der Weltkrieg unvermeidlich war, den sie eingeleitet hatten und für den unter allen Nationen einzig Deutschland vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands beschränkt sich jedoch nicht auf die Tatsache allein, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Deutschland ist auch verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art, in der er geführt wurde. Obwohl Deutschland selbst einer der Garantien des Friedens war, hat seine Regierung die Neutralität des durchaus friedlichen Volkes verletzt, nachdem sie feierlich versprochen hatte sie zu respektieren. Nicht zufrieden damit, haben sie ungenügend eine Reihe von Hinrichtungen und Entführungen vorgenommen in der Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und sie durch die Schrecklichkeit ihrer Handlungen gefügig zu machen. Da